



Presseerklärung 05.09.2019

(Blau unterlegt sind [klickbare Links.](#))

Pipi Langstrumpf im Wiesbaden?

SEG zeichnet bei Ostfeld-Planung verzerrte Darstellung zum US-Airfield Erbenheim

"Ich mache mir die Welt, wie sie mir gefällt..." Auf diese Idee muss man kommen, falls man die jüngsten Ausführungen des SEG-Geschäftsführers Stöcklin im Planungsausschuss in den Medien liest.

Richtig ist, dass auf Druck der US-Militärs die "clear zone" sowie die "accident prevention zone I und II" direkt unter den Instrumentenflugrouten freigehalten werden müssen.

Bezeichnenderweise aber wurde die südliche Sichtflugroute nur am Rande erwähnt, die das Planungsgebiet direkt kreuzenden Übungsrunden der Helikopter und Starrflügler aber weder erwähnt noch graphisch dargestellt.

Und genau dort sollen 8.000- 12.000 Menschen zukünftig ein lebenswertes Leben führen können.

Die US-Militärs haben über [zwei Bundesbehörden](#) (einer davon gehören auch Teile der benötigten Fläche) massive Bedenken gegen die Bebauung angemeldet, erbitten selbst eine Lärmstudie unter Berücksichtigung der maximal möglichen Auslastung des Airfields und kommen schon jetzt aus Erfahrung und unter Berücksichtigung der für sie geltenden US-Gesetze zu dem Schluss, dass "ein solches (Lärm-)Gutachten klar die Unvereinbarkeit der geplanten Wohn- und Gewerbebebauung mit dem Flugbetrieb verdeutlichen würde".

Aufgrund der Erfahrungen aus der US-Fluglärmkommission scheint die Vorstellung der SEG, die Flugrouten verlegen zu können, schlichtem Wunschdenken zu entspringen.

Aufgrund der auf dem US-Airfield stationierten Düsenjets muss nach [FluLärmG](#) zudem eine bis dato fehlende Lärmschutzzone eingerichtet werden.

Es scheinen bewusst Nebelkerzen gezündet zu werden, um mit aller Macht zu einer Beschlussfassung "Stadtentwicklungsmaßnahme" in der StVV zu gelangen, statt vorab und ergebnisoffen alle kritischen Punkte erschöpfend abzuklären.

Das Pferd soll quasi von hinten aufgezäumt werden: Erst fasst man einen Beschluss, dann versucht man die Rahmenbedingungen anzupassen. Dieses Muster erinnert fatalerweise an die Planungen zu einem Kohlekraftwerk zwischen Mainz und Wiesbaden: Auch hier wurde die Planung weit vorangetrieben - wer die dafür ausgegebenen 110 Mio. Eur öffentlicher Gelder verantwortet, ist bis heute ungeklärt. Geld, das die Stadtkasse wirklich sinnvoller hätte verwenden können.

BiLGUS fordert deshalb:

Bitte primär das Verhältnis zum US-Airfield nebst Flug- und Bodenlärmgutachten abklären!
Ist eine Stadtentwicklung unter den Flugschneisen überhaupt möglich, gesundheitsverträglich und zumutbar?